



# ANALYSEN

UNICREDIT  
BANK AUSTRIA  
ECONOMICS &  
MARKET ANALYSIS  
AUSTRIA

## Brexit und die Folgen für Branchen und Bundesländer\*

September 2019

## Zusammenfassung

- 2018 exportierte Österreich Waren im Wert von 4,2 Mrd. Euro ins Vereinigte Königreich (VK). Das sind 2,8 Prozent der gesamten Ausfuhren. Die Importe aus dem VK betragen 2,9 Mrd. Euro bzw. 1,8 Prozent aller österreichischen Einfuhren von Waren
- Die wichtigsten Waren im Handel mit VK sind Kraftfahrzeuge und Teile davon bzw. Maschinen mit einem Anteil von fast 50 Prozent am gesamten Handel mit dem VK
- Auf Bundesländerebene verzeichnen die Steiermark und Oberösterreich mit jeweils über eine Milliarde das höchste Exportvolumen ins VK. Damit tragen die beiden Industriebundesländer mehr als die Hälfte des gesamten österreichischen Exportvolumens über den Ärmelkanal bei
- Bei Einführung von neuen Zöllen im Handel zwischen dem VK und der EU wären im Vorjahr bei den österreichischen Ausfuhren ins VK je nach Regime Zölle in Höhe von maximal 175 Millionen Euro angefallen. Bei den Importen aus dem VK hätte die Zollbelastung 100 Millionen Euro betragen. Von neuen Zöllen wäre vor allem die KFZ-Industrie auf beiden Seiten des Ärmelkanals betroffen
- Die Nachfrage des VK nach ausländischen Waren und Dienstleistungen erzeugte im Vorjahr eine Wertschöpfung in Österreich von 4,4 Milliarden Euro bzw. 1,1 Prozent vom BIP. Die Bundesländer sind unterschiedlich stark vom Brexit betroffen. In Vorarlberg ist der Wertschöpfungsbeitrag aufgrund der Endnachfrage der Briten nach ausländischen Produkten mit 1,6 Prozent am regionalen BIP am höchsten, während dieser Anteil im Burgenland mit 0,8 Prozent am geringsten ist
- Resümee: Österreich ist im Vergleich zu anderen EU-Ländern wie Irland, Niederlande und Belgien wirtschaftlich relativ schwach mit Großbritannien verflochten. Bei einem harten Brexit würden auf Importe aus dem VK Zölle in Höhe von etwa 100 Millionen Euro anfallen. Lange Wartezeiten an der Grenze würden u.a. die Transportbranche schwer treffen. Der Brexit hat auf die Wirtschaft der industrieorientierten Bundesländer Vorarlberg, Steiermark und Oberösterreich die stärksten negativen Auswirkungen

**Autor: Robert Schwarz**

### **Impressum**

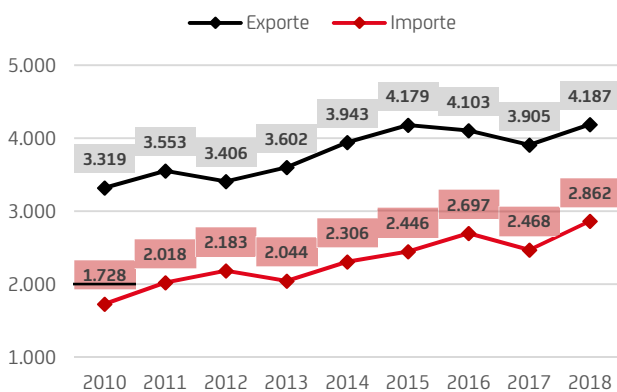
Herausgeber, Verleger, Medieninhaber:  
UniCredit Bank Austria AG  
Economics & Market Analysis Austria  
Rothschildplatz 1  
1020 Wien  
Telefon +43 (0)50505-41974  
Fax +43 (0)50505-41050  
e-Mail: econresearch.austria@unicreditgroup.at

Stand: September 2019

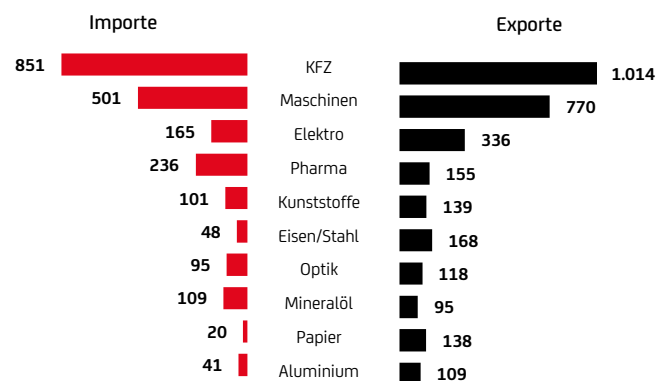
## Der Außenhandel mit dem Vereinigten Königreich

Der Warenhandel (Importe und Exporte) zwischen Österreich und dem Vereinigten Königreich (VK) belief sich 2018 auf 7,1 Milliarden Euro, das sind 1,8 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsprodukts. Damit ist die Bedeutung Großbritanniens für den österreichischen Außenhandel geringer als für die meisten anderen EU-Länder. Von einem harten Brexit wären Länder wie die Niederlande, Belgien und natürlich Irland mit Anteilen im Bereich von 8 Prozent ungleich stärker betroffen. Trotz der Brexit-Unsicherheiten sind 2018 die österreichischen Ausfuhren von Waren ins VK um über 7 Prozent auf 4,2 Milliarden Euro gestiegen. Damit ist das VK der neuntwichtigste Exportmarkt für Österreich. Der Anteil an den gesamten österreichischen Ausfuhren ist mit 2,8 Prozent allerdings relativ gering. Die Waren der Fahrzeug- und Maschinenindustrie tragen über 40 Prozent zu den gesamten Ausfuhren Österreichs auf die Insel bei, während der Anteil dieser beiden Industriezweige an allen österreichischen Exporten mit knapp 29 Prozent deutlich geringer ist.

**G1: Österreichs Außenhandel mit dem VK**  
(in Mio. Euro)



**G2: Außenhandel nach VK nach Branchen**  
(in Mio. Euro)

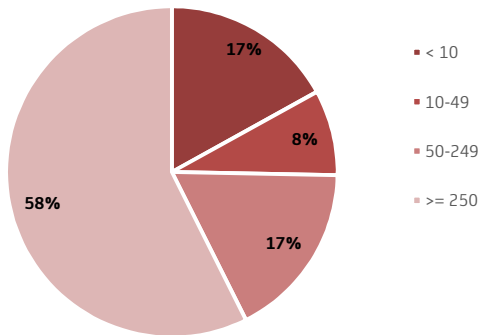


Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

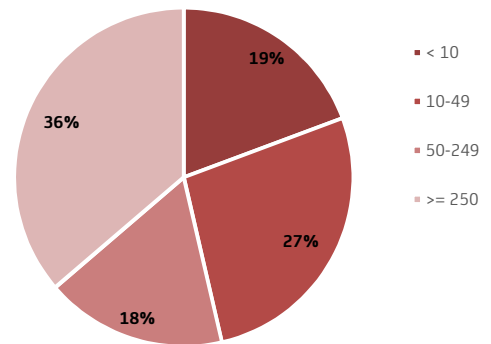
Die österreichischen Importe von Waren aus dem Vereinigten Königreich waren 2018 mit 2,9 Milliarden Euro (Anteil von 1,8 Prozent an den österreichischen Gesamtimporten) deutlich geringer als die Exporte ins VK. Auch bei den Importen haben die Güter der Fahrzeug- und Maschinenindustrie mit zusammen fast 50 Prozent den größten Anteil. Lediglich im Pharmabereich wird deutlich mehr vom VK importiert als auf die Insel exportiert.

Betrachtet man den österreichischen Außenhandel mit dem VK nach Unternehmensgröße, so stellt man fest, dass 58 Prozent des österreichischen Exportvolumens ins VK von Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern generiert wird im Vergleich zu 50 Prozent bei den weltweiten Ausfuhren Österreichs. Kleine Unternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitern zeichnen immerhin für 17 Prozent der Exporte über den Ärmelkanal verantwortlich. Im Vergleich dazu sind lediglich 36 Prozent der österreichischen Importeure von britischen Waren Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitern. Von den wirtschaftlichen Unsicherheiten aufgrund des Brexit sind also auch kleine und mittlere österreichische Unternehmen stark betroffen.

**G3: Exporte nach VK nach Unternehmensgröße**  
(Anzahl der Mitarbeiter)



**G4: Importe aus VK nach Unternehmensgröße**  
(Anzahl der Mitarbeiter)



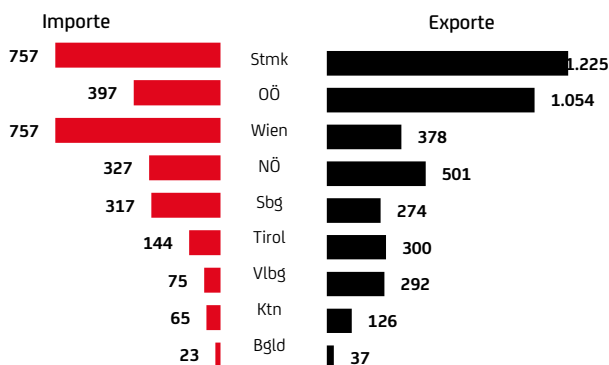
Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

Diese Studie geht auch auf die Handelsbeziehungen zwischen den österreichischen Bundesländern und dem Vereinigten Königreich ein und deren regionalen Wertschöpfungseffekte.

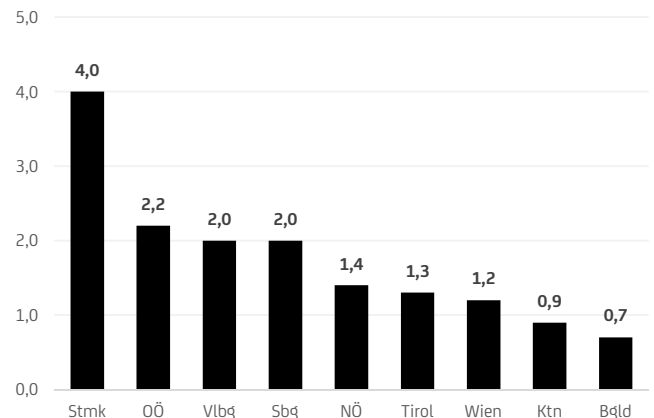
Wie bereits erwähnt, sind vor allem die Waren aus dem KFZ- und Maschinensektor die wichtigsten Handelsgüter zwischen den beiden Ländern. Dies ist auch der Grund, weshalb die Bundesländer Oberösterreich und Steiermark den mit Abstand größten Anteil an Österreichs Exporten ins VK haben. Deren Stärkefelder sind vor allem die Fahrzeug- und Maschinen-industrie. Beide Länder exportierten im Vorjahr mit jeweils deutlich über eine Milliarde Euro zusammen etwa 55 Prozent aller österreichischen Ausfuhren ins VK. Bei den Importen lagen 2018 die Steiermark und Wien mit einem Volumen von jeweils über 700 Millionen Euro an der Spitze im Bundesländerranking.

Bei den Wiener Importen hat die Pharmaindustrie mit fast 200 Millionen den größten Anteil. Der Anteil des gesamten regionalen Außenhandels (Exporte + Importe) mit dem VK am Brutto-regionalprodukt ist in der Steiermark mit 4 Prozent am höchsten. Die geringste Abhängigkeit weist das Burgenland auf mit einem Anteil der Exporte und Importe ins VK von lediglich 0,7 Prozent des regionalen BIPs (siehe Grafik 6).

**G5: Regionaler Außenhandel mit dem VK**  
(in Mio. Euro, 2018)



**G6: Regionaler Außenhandel mit dem VK**  
(Anteil am regionalen BIP in %, 2018)



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

## 1. Einführung von Zöllen bei einem harten Brexit

Nach der Ernennung von Boris Johnson zum britischen Premierminister ist die Wahrscheinlichkeit eines harten Brexit deutlich gestiegen. Für den Handel zwischen dem VK und der EU bedeutet ein harter Brexit einen Rückfall auf die Drittstaaten-Beziehung ohne Freihandelsabkommen, die in den Regeln der Welthandelsorganisation (WTO) definiert werden. Dies bedeutet unter anderem, dass neue Zölle und nicht-tarifäre Barrieren im Warenhandel unter dem WTO-Regime eingeführt werden.

Da zwischen dem VK und der EU noch kein Handelsabkommen besteht, würden nach dem Meistbegünstigungsprinzip die regulären Zollsätze oder auch MFN-Sätze (Most Favoured Nation) laut WTO zur Anwendung kommen. Die WTO definierte in der Uruguay-Runde (1986 – 1994) auf Produktebene mit hohem Detailierungsgrad maximale Tarifniveaus oder auch gebundene Tarife genannt, die allerdings von jedem WTO-Mitglied unterschritten werden können. Dieser reduzierte bzw. angewandte Zollsatz auf bestimmte importierte Güter muss dann allerdings für die Importe dieser Güterklasse aus allen anderen WTO-Ländern gelten falls kein Freihandelsabkommen vorliegt. Bei einem harten Brexit wird Großbritannien für die EU zollrechtlich ein Drittland, d.h. bei Importen aus dem VK in die EU kommen dieselben Tarife zur Anwendung wie bei Importen aus Ländern mit denen die EU kein Freihandelsabkommen hat. USA und China sind Beispiele für solche Länder. Bei Importen aus der EU ist Großbritannien als WTO-Mitgliedsland bei einem harten Brexit an die maximalen Tarifniveaus lt. WTO gebunden, welche unterschritten werden können.

## 2. Mögliche Tarife bei Ausfuhren von Österreich nach Großbritannien

Wie bereits erwähnt, ist es möglich dass das VK auf ihre Warenimporte aus der EU im Falle eines harten Brexit die gebundenen Tarife laut WTO oder einen niedrigeren Zollsatz einhebt. Eine Überschreitung des gebundenen Tarifs ist nicht erlaubt.

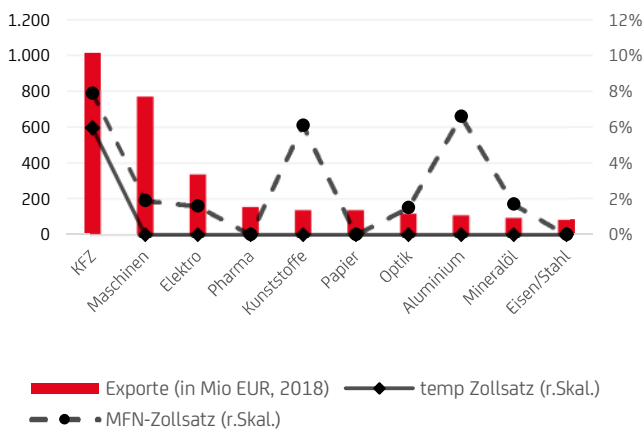
Großbritannien plant in einer Übergangsperiode ein Zollregime in dem die Zölle auf die meisten Importgüter für alle WTO-Länder auf Null gesetzt werden mit denen noch kein Freihandelsabkommen abgeschlossen wurde, um einen Preisschock für die britischen Konsumenten zu vermeiden. (Link: <https://www.gov.uk/government/news/temporary-tariff-regime-for-no-deal-brexit-published>). Dies wäre auch laut einer Studie von Felbermayr (2019) die beste Strategie, um den Wohlfahrtsverlust bei einem harten Brexit für das VK zu minimieren. In diesem temporären Zollregime würden auf Basis der Importe Großbritanniens aus Österreich im Jahr 2018 auf etwa 85 Prozent des importierten Volumens keine Zölle anfallen. Auf die restlichen 15 Prozent der aus Österreich importierten Waren wären im Vorjahr Zollgebühren von etwa 65 Millionen Euro bzw. 1,6 Prozent des gesamten Importvolumens entstanden.

Im Vergleich dazu wären bei Anwendung des gebundenen Tarifregimes auf die österreichischen Ausfuhren ins VK Zölle von 175 Millionen Euro oder 4,2 Prozent vom Exportvolumen angefallen. Grafik 7 zeigt, dass vor allem bei Importen von Produkten der Kunststoff- und Aluminiumindustrie eine große Zollentlastung durch das temporäre Zollregime besteht.

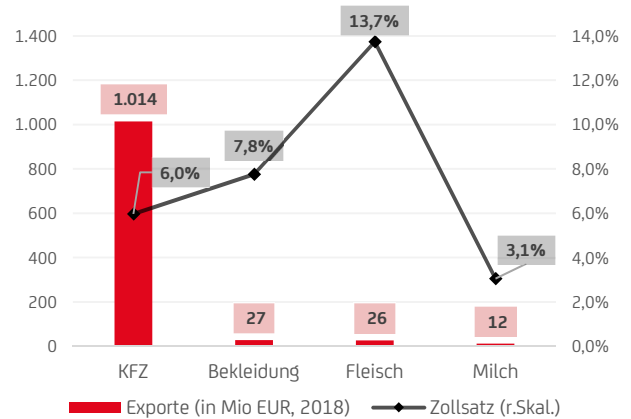
Durch das relativ starke Exportvolumen kombiniert mit hohen Zöllen wären die österreichischen VK-Exporte in der Autoindustrie am stärksten belastet. Im gebundenen MFN-Tarifregime wären im Vorjahr Zölle von 80 Millionen Euro auf die Autoexporte angefallen. Im Vergleich dazu, wären es im vorläufigen Regime 60 Millionen gewesen, wobei in diesem Regime die Zollbelastung fast ausschließlich die KFZ-Industrie betrifft, da bei den anderen für Österreich wichtigen Exportgütern der Zollsatz auf Null gesenkt werden soll.

Die Grafik 8 zeigt, dass auch im temporären Regime bei bestimmten Produkten teilweise hohe Zölle eingeführt werden. Damit wollen die Briten ihre eigene Industrie schützen. Hier ist vor allem die Textil- und Lebensmittelindustrie zu nennen. Mit Ausnahme der KFZ-Industrie sind allerdings die österreichischen Exporte bei diesen Produkten relativ gering.

G7: Vergleich temporäre Zölle mit max. MFN-Zöllen



G8: Temporäre Zölle für Einfuhren aus Österreich

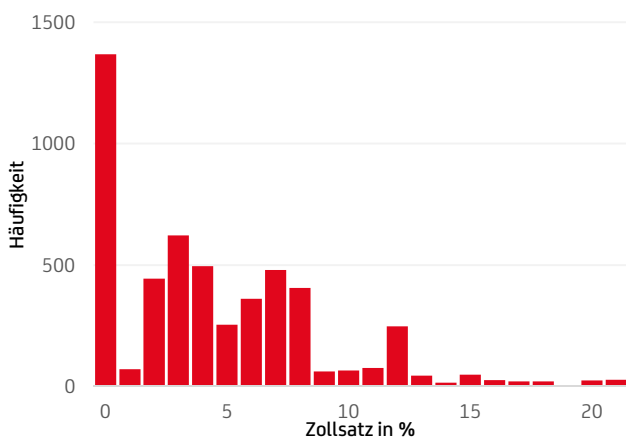


Quelle: WTO, UK Government, UniCredit Research

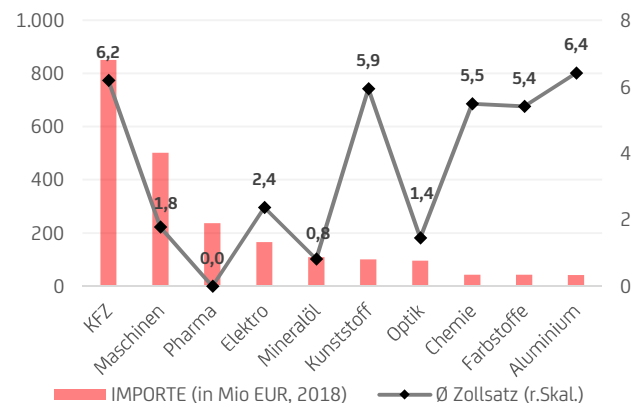
### 3. EU-Tarife bei Einfuhren von Waren aus Großbritannien nach Österreich

Ein harter Brexit bedeutet, dass Großbritannien die EU ohne Freihandelsabkommen verlässt. Das wiederum heißt, dass bei Einfuhren von britischen Waren in die EU dasselbe Tarifniveau zur Anwendung kommt wie bei Importen aus den USA und China mit denen die EU bis heute ebenfalls kein Abkommen vereinbart hat. Die Grafik 9 zeigt ein Histogramm der EU-Zölle, die im Falle eines harten Brexit auf britische Importgüter angewendet werden. Bei über 1.300 Produkten oder 26 Prozent aller Produkte liegt der Tarif zwischen 0 und 1 Prozent. Die höchsten Zollsätze gibt es bei Tabakwaren (Durchschnittlicher Zollsatz von über 40 Prozent) und bei Gütern der Lebensmittel- und Getränkeindustrie mit Zöllen im Bereich von 20 Prozent.

G9: EU MFN-Außenzölle



G10: Durchschnittliche EU-Zollsätze



Quelle: WTO, UniCredit Research

Basierend auf dem Importvolumen aus Großbritannien im Gesamtjahr 2018 hätte sich bei Einführung der EU-Außenzölle eine Zollbelastung der österreichischen Importeure von etwas über 100 Millionen bzw. knapp 4 Prozent des Importvolumens ergeben. Die Grafik 10 zeigt eine Aufstellung der wichtigsten österreichischen Importgüter aus Großbritannien mit den durchschnittlichen Zolltarifen. Die österreichischen Importeure in der Autoindustrie wären mit Abstand am stärksten von neuen Zöllen betroffen. Sie würden mit etwa 50 Millionen Euro knapp die Hälfte der Einfuhrzölle tragen. Die Maschinenindustrie wäre mit etwa 11 Millionen Euro oder etwa 10 Prozent der gesamten Zollbelastung betroffen.

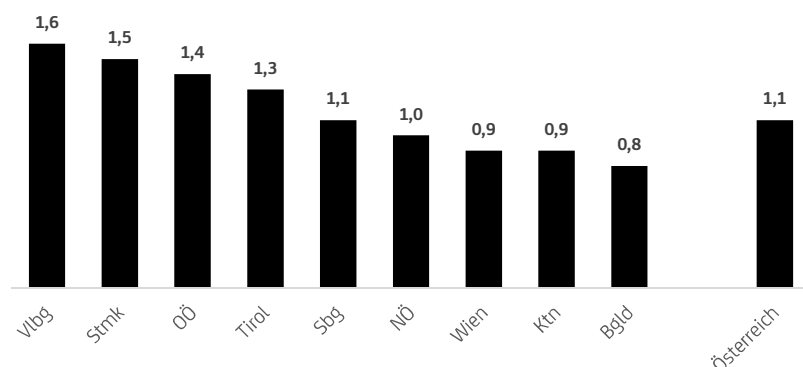
Mit Ausnahme der KFZ-Industrie hält sich die Belastung durch neue Zölle im Warenhandel mit dem VK für die österreichischen Importeure also in Grenzen. Zusätzlich dürfte der Zolleffekt durch die zu erwartende Abwertung des Pfunds gegenüber den Euro bei einem harten Brexit mehr als kompensiert werden. Im Vergleich dazu wiegt der zusätzliche Aufwand durch die zu befürchtenden langen Wartezeiten an der Grenze zwischen Großbritannien und der EU schwerer, welcher trotz Vorbereitungen auf beiden Seiten der Grenze schwer abzuschätzen ist. So können Verzögerungen beim Nachschub von Zulieferteilen aus dem Ausland zu starken Verwerfungen bei den Lieferketten in der britischen Industrie führen. Es wird auch befürchtet, dass es in Großbritannien zu Engpässen bei sensiblen Gütern wie Medikamenten und Lebensmitteln kommen kann.

#### 4. Wertschöpfungseffekte für Österreich

Eine Studie der UniCredit Bank Austria (2018) zeigte, dass die britische Nachfrage nach ausländischen Waren und Dienstleistungen in Österreich eine Wertschöpfung von 1,1 Prozent des BIP erzeugt (siehe [Die Bundesländer und der Brexit](#), Dezember 2018). Das war im Gesamtjahr 2018 ein Volumen von 4,4 Milliarden Euro. Insgesamt hängen etwa 40.000 Arbeitsplätze in Österreich direkt oder indirekt an der Nachfrage aus dem VK. Auch bei der Wertschöpfung gibt es eine große Spreizung zwischen den Bundesländern. Während die britischen Importe von Waren und Dienstleistungen in Vorarlberg eine Wertschöpfung von 1,6 Prozent des Regionalprodukts erzeugt, sind es im Burgenland nur 0,8 Prozent. Hinter dem Ländle folgen die industriell starken Bundesländer Steiermark und Oberösterreich mit 1,5 bzw. 1,4 Prozent Wertschöpfungsanteil.

#### G11: Regionale Wertschöpfungseffekte durch die VK-Nachfrage

(Anteil am regionalen BIP in %)



Quelle: WIOD, UniCredit Research

### Resümee

Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Analyse am 11.09.2019 liegt ein harter Brexit immer noch im Bereich des Möglichen. Im Vergleich zu anderen EU-Ländern wie Irland, Niederlande und Belgien ist die österreichische Volkswirtschaft weniger stark mit Großbritannien verflochten. Die britische Endnachfrage nach ausländischen Waren und Dienstleistungen trägt 1,1 Prozent zur österreichischen Wertschöpfung bei. Ein harter Brexit bedeutet, dass im Warenverkehr zwischen der EU und dem VK Zölle eingeführt werden. Bei den österreichischen Importen aus dem VK hätte im Vorjahr die Zollbelastung 100 Millionen Euro betragen, wobei etwa die Hälfte die heimische Autoindustrie betreffen würde. Bei den österreichischen Ausfuhren über den Ärmelkanal wären je nach Regime Zölle in Höhe von maximal 175 Millionen Euro angefallen. Bei einem harten Brexit verursachen die nicht tarifären Folgen wie z.B. lange Wartezeiten an der Grenze wirtschaftlich vermutlich einen größeren Schaden.

Die Regionalwirtschaften Vorarlberg, Steiermark und Oberösterreich sind am kräftigsten mit dem VK verflochten und wären deshalb am stärksten von einem harten Brexit betroffen.

### Literatur:

- Felbermayr, G. (2019), „Brexit: Eine Hard-but-Smart-Strategie und ihre Folgen“, ifo Institut München  
Schwarz, R. (2018), „Die Bundesländer und der Brexit“, UniCredit Research



**Weiterlesen:**

**Bank Austria Homepage:** Alle Prognosen und Analysen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria auf <http://wirtschaft-online.bankaustria.at>

**Bank Austria Economic News:** Die neuesten Veröffentlichungen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria direkt in Ihrem Posteingang. Registrieren Sie sich bitte unter <https://nl-reg.bankaustria.at/nl/registration?m=eco-de>

Sollten Sie Fragen haben schicken Sie uns ein E-Mail unter [econresearch.austria@unicreditgroup.at](mailto:econresearch.austria@unicreditgroup.at).

**Ohne unser Obligo:**

Diese Publikation ist weder eine Marketingmitteilung noch eine Finanzanalyse. Es handelt sich lediglich um Informationen über allgemeine Wirtschaftsdaten. Trotz sorgfältiger Recherche und der Verwendung verlässlicher Quellen kann keine Verantwortung für Vollständigkeit, Richtigkeit, Aktualität und Genauigkeit übernommen werden.

Unsere Analysen basieren auf öffentlichen Informationen, die wir als zuverlässig erachten, für die wir aber keine Gewähr übernehmen, genauso wie wir für Vollständigkeit und Genauigkeit nicht garantieren können. Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Die in der vorliegenden Publikation zur Verfügung gestellten Informationen sind nicht als Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten oder als Aufforderung, ein solches Angebot zu stellen, zu verstehen. Diese Publikation dient lediglich der Information und ersetzt keinesfalls eine individuelle, auf die persönlichen Verhältnisse der Anlegerin bzw. des Anlegers (z. B. Risikobereitschaft, Kenntnisse und Erfahrungen, Anlageziele und finanziellen Verhältnisse) abgestimmte Beratung. Die vorstehenden Inhalte enthalten kurzfristige Markteinschätzungen. Wertentwicklungen in der Vergangenheit lassen keine Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung zu.

**Impressum**

Angaben und Offenlegung nach §§ 24 und 25 Mediengesetz:

**Herausgeber und Medieninhaber:**

UniCredit Bank Austria AG

1020 Wien, Rothschildplatz 1

Unternehmensgegenstand: Kreditinstitut gem. § 1 Abs.1 Bankwesengesetz

**Vertretungsbefugten Organe (Vorstand) des Medieninhabers:**

Robert Zadrazil, Gregor Hofstätter-Pobst, Jürgen Kullnigg, Mauro Maschio, Günter Schubert, Susanne Wendler.

**Aufsichtsrat des Medieninhabers:**

Gianni Franco Papa, Ranieri De Marchis, Livia Aliberti Amidani, Christine Buchinger, Olivier Khayat, Adolf Lehner, Aurelio Maccario, Mario Pramendorfer, Eveline Steinberger-Kern, Ernst Theimer, Karin Wisak-Gradinger.

**Beteiligungsverhältnisse am Medieninhabergemäß § 25 Mediengesetz:**

UniCredit S.p.A. hält einen Anteil von 99,996% der Aktien am Medieninhaber (unter folgendem Link

<https://www.unicreditgroup.eu/en/governance/shareholder-structure.html> sind die wesentlichen, an der UniCredit S.p.A. bekannten Beteiligungsverhältnisse ersichtlich.)

Der Betriebsratsfonds der Angestellten der UniCredit Bank Austria AG, Region Wien, sowie

die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten (Stifter: Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse; Begünstigter: WWTF – Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds) sind mit einem Anteil von zusammen 0,004% am Medieninhaber beteiligt.